

Von Sabine Seifert

Millionen Kinder im Vorschul- oder Grundschulalter wurden in den 1950ern bis Anfang der 1990er Jahre auf Empfehlung von Ärzten oder Gesundheitsämtern in Kur geschickt. Sie trafen auf Gesundheits- und Erziehungsmaßnahmen, die mit dem Begriff Schwarze Pädagogik nur annähernd beschrieben sind. Obwohl ein Massenphänomen, kommt die Aufarbeitung der Schicksale dieser Verschickungskinder nur langsam in Gang. Sei es, weil sie anders als Heimkinder nur zeitweise aus ihren Familien genommen wurden und sie ihre Erfahrungen kaum haben skandalisieren können; sei es, weil Jahrzehnte später kaum noch Unterlagen in Familien oder Archiven vorhanden sind.

Doch seit 2019 erfährt das Thema Kinderverschickung mehr und mehr öffentliche Aufmerksamkeit. Damals begannen lokale Betroffeneninitiativen bundesweit, sich unter dem Dach von [www.verschickungsheime.de](http://www.verschickungsheime.de) zusammenzuschließen. In Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen gab es Anhörungen im Landtag, auf Landesebene entstanden eigenständige Vereine. Im Landesarchiv Baden-Württemberg ist eigens dazu eine halbe Projektstelle in Planung, in NRW gibt es ein auf vier Jahre gefördertes Citizen-Science-Projekt mit eigenem Büro.

Am 23. März nun trat in Nordrhein-Westfalen ein Runder Tisch zusammen, unter der Obhut des Gesundheits- und Familienministeriums und geleitet von Elisabeth Aucher-Mainz, der ehemaligen Opferbeauftragten von NRW. Zu der konstituierenden ersten Sitzung eingeladen und gekommen: Vertreter:innen der Trägerorganisationen in rechtlicher Nachfolge wie etwa Diakonie, Deutsches Rotes Kreuz, Caritas, Arbeiterwohlfahrt, Landschaftsverband Rheinland oder Deutsche Rentenversicherung, die GKV (Allgemeine Krankenversicherung) als Spitzenverband aller Kranken- und Pflegekassen. Mit dabei: Detlef Lichttrauter vom Verein Aufarbeitung Kinderverschickungen-NRW und der Jurist Joachim Desens als Vertreter der Verschickungskinder.

Rund 1,8 Millionen Kinder aus dem bevölkerungsreichen NRW waren im Laufe von vier Jahrzehnten quer durch die Republik auf Kur geschickt worden. „Von den Alpen bis zur Nordsee gab es Kinderkurheime“, sagt Desens der taz am Telefon eine Woche später. „Wie war es möglich, dass Kinder so großflächig, so lange und in so großer Zahl verschickt worden sind?“

Desens arbeitet heute im Land Brandenburg als Staatsanwalt, stammt aber aus dem Rheinland. Als Vierjähriger kam er in eine Kinderheilstätte, aus sechs Wochen wurde ein ganzes Jahr. „Was für ein Selbstverständnis hatten die Betreiber der Heime, die Ärzte, die Be-



Quer durchs Land wurden die Kinder verschickt – etwa ins „Waldhaus“ in Niedersachsen Foto: Hauke-Christian Dittrich/dpa/picture alliance

## Viel zu späte Aufarbeitung

Unzählige Kinder haben Gewalt in Kinderkurheimen erlebt. Die Bundespolitik entzieht sich der systematischen Aufarbeitung. Nun konstituierte sich in NRW ein Runder Tisch

treuer?“, fragt er. „Kinder sollten nicht nur gesund gemacht werden, man wollte sie auch erziehen.“

Desens befürwortet eine wissenschaftliche Aufarbeitung der ganzen Thematik. Als Vertreter der Verschickungskinder fordert er die Einrichtung eines Therapiefonds, über dessen Höhe in den nächsten Runden zu verhandeln sein wird. „So machen wir klar, was mit den Geldern projektgebunden geschehen soll“, sagt Detlef Lichttrauter vom Verein Kinderverschickungen-NRW am Telefon. Eine Entschädigung in Form von Schmerzensgeldzahlungen zögen sie nicht in Betracht. „Nachweise für das erlittene Unrecht zu erbringen, ist aufgrund der schlechten Aktenlage unfassbar kompliziert.“

Immerhin: Alle teilnehmenden Träger verpflichteten sich selbst, die Aktenlage zu sichern und keine relevanten Dokumente zu vernichten. „Wir sind auf den Goodwill der Teilnehmer angewiesen“, sagt Lichttrauter. „Der Runde Tisch hat keine Beschlussfähigkeit.“ Er fürchtet, dass die Verbände die Verantwortung auf die bundespolitische Ebene abschieben könnten.

Alle Teilnehmenden hätten sich bemüht zu dokumentieren, wie eifrig sie die eigenen Archive durchforscht haben. „Die innerbetrieblichen Nachforschungen haben aber bisher wenig Erkenntnisse gebracht“, stellt er enttäuscht fest. „Wir fordern eine unabhängige wissenschaftliche Aufarbeitung.“

Wenn die beauftragten Forscher aus dem eigenen Haus kä-

men oder von einer nahen Einrichtung entsandt werden, sei die Befangenheit größer. „Das haben wir ja bei der Aufarbeitung der Missbrauchsfälle der katholischen Kirche gesehen, wo so ein Bericht schnell mal durch einen Bischof Woelki einkassiert wurde“, sagt Lichttrauter. Er erwartet von den Trägerorganisationen – allen voran der evangelischen Diakonie und der katholischen Caritas, aber auch den Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe –, dass sie externe Historiker in die Archive schicken. „Wichtig ist: Wen schickt man und wonach lässt man suchen? Dafür müsste man auch bereit sein, Protokolle von Vorstandssitzungen zu durchforsten, Verantwortlichkeiten zu benennen.“

Dass Archivrecherche lohnt, aber auch individuelle Initiative erfordert, zeigt ein Aktenfund im Kreisarchiv Geldern, den eine Archivarin digitalisiert und zugänglich gemacht hat. Die Akten gewährten genauen Einblick in den Ablauf des Verschickungswesens, sagt Lichttrauter: Eltern mussten Verdienstbescheinigungen vorlegen und je nach Einkommen sogar Zuzahlungen leisten. In den Akten finden sich so genannte Kurüberwachungsscheine, in denen die Eingangsdagnostik dokumentiert ist. „Läppisch“, sagt Lichttrauter, „schlafte Muskulatur, schlechte Körperhaltung und Blässe werden als Gründe für die Verschickung benannt.“

Für die Sozialverbände und anderen Träger ist der Runde Tisch „ein bekanntes Format“,

sagt der Historiker Marc von Miquel. Er ist als Experte dabei, weil er 2022 für die Dokumentations- und Forschungsstelle der Sozialversicherungsträger (sv.dok) eine Studie zu NRW erstellt hat. Aber wie bei den Heimkinder- und Missbrauchskandalen kämen die Erkenntnisse nur „scheibchenweise“ ans Licht, da unbekannte historische Zusammenhänge zu erforschen seien.

Auch von Miquel kritisiert, dass unzureichende Studien entstanden seien, „Mikropublikationen unterbezahlter Historiker:innen“, um zu zeigen, dass man seine Pflicht getan habe. „Das kann's nicht gewesen sein“, sagt er. „Die Kommunen, Krankenkassen und Sozialverbände stehen in der Pflicht, zusammenzuarbeiten und aufzuklären.“

### Der Ablauf im Heim sei geprägt gewesen durch Essenszwang und Züchtigung

Dass einige der bisher entstandenen Studien unzureichend seien, könnte laut von Miquel daran liegen, dass „die Verbände nicht mit der Initiative der Verschickungskinder zusammenarbeiten“. Das Konzept der Citizen Science, also dem Zusammenwirken zivilgesellschaftlicher Initiativen, Bio-

grafieforschung und wissenschaftlichen Projekten, sei ihnen fremd.

Es geht auch anders. Derzeit läuft ein Aufruf zur Beteiligung an einer Studie zum Medikamentenmissbrauch an Kindern in stationären Einrichtungen von 1949 bis 1980, die vom Land NRW in Auftrag gegeben wurde. Dass Kindern in Kinderkurheimen Mittel zur Ruhigstellung oder womöglich teilweise als Versuchskaninchen der Pharmaindustrie oder der mit ihr kooperierenden Ärzt:innen verabreicht wurden, ist ein bisher nur punktuell untersuchter Verdacht. Für das Kindersolbad Bad Dürrenheim in Baden-Württemberg gibt es im Fall eines Arztes klare Erkenntnisse und eindeutige Belege.

„Ein Zwischenbericht zur NRW-Studie soll im Oktober erscheinen, sie läuft noch bis Ende 2024“, erklärt Sylvia Wagner von der Uni Düsseldorf, Pharmazeutin und Teil eines interdisziplinären Forschungsteams unter Leitung des Medizinhistorikers Heiner Fangerau. „Vor allem personenbezogene Daten sind sehr schwer zu kriegen“, sagt Wagner am Telefon. „Dass wir jetzt einen offiziellen Forschungsauftrag vom Land haben, erleichtert die Sache.“

Dennoch sei die Quellenlage schwierig, weil viele Akten verschwunden oder an unbekannte Orte verlagert wurden. 1978 trat in der Bundesrepublik ein strengeres Arzneimittelgesetz in Kraft, die Studie erstreckt sich darum auf die Jahre 1948 bis 1980. Wagner hofft auf das Zeitzeugenportal des Ins-

tituts zur Heimerziehungsforschung sowie das des Vereins Verschickungskinder-NRW, das den Aufruf unterstützt.

Dass Kindern in stationären Einrichtungen „häufig Präparate zur Ruhigstellung gegeben wurden“, so viel kann Wagner jetzt schon bestätigen. Mittel wie Baldrian, „in einigen Fällen auch stärkere Mittel wie Valium oder Neuroleptika, die Kinder eigentlich nicht kriegen sollten“.

Es diene, vermutet Wagner, der Arbeitserleichterung des Betreuungspersonals. Und möglicherweise den Interessen mancher Ärzt:innen, die mit der Pharmaindustrie kooperierten. An an Tuberkulose erkrankten Kindern wurden Medikamententests durchgeführt, darauf hat Fangeraus Team bereits Hinweise.

„Wir gehen hoffnungsvoll aus der ersten Runde“, sagt Joachim Desens als Vertreter der Verschickungskinder eine Woche nach dem Treffen des Runden Tisches. Einige Teilnehmer hätten sich „aufgeschlossen gezeigt, andere eher zurückhaltend reagiert“. Es wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, bevor der nächste Runde Tisch am 26. September wieder zusammenkommt.

NRW-Gesundheits- und Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) forderte in seiner Eröffnungsrede ein bundesweit koordiniertes Vorgehen zur Aufarbeitung der Kinderverschickung und zeigte sich offen für eine Bund-Länder-Gruppe. „Das Bundesfamilienministerium stellt sich leider tot“, sagt Detlef Lichttrauter.

Bei einem langen erbetenen Besuch der Bundesinitiative der Verschickungskinder bei Lisa Paus (Grüne) im vergangenen Herbst hatte der Bund die Verantwortung an die Länder verwiesen. Die Bundesinitiative ruft deswegen am 19. April zu einer „Aktion Kinderkoffer“ vor dem Reichstag auf, um ihrer Petition zur Einrichtung einer unabhängigen „Kommission Kinderverschickung“ Nachdruck zu verleihen.

Joachim Desens, Jahrgang 1958, musste als Vierjähriger ein ganzes Jahr in einer Kinderheilstätte verbringen. Es sind keine guten Erinnerungen. Der Ablauf im Heim sei geprägt gewesen durch Essenszwang und Züchtigung bei nicht steuerbaren Vorgängen wie beispielsweise Erbrechen, wiederum oft gefolgt von dem Zwang, das Erbrochene aufzuessen. „Ich habe meine guten Erinnerungen. Der Ablauf im Heim sei geprägt gewesen durch Essenszwang und Züchtigung bei nicht steuerbaren Vorgängen wie beispielsweise Erbrechen, wiederum oft gefolgt von dem Zwang, das Erbrochene aufzuessen. „Ich habe immer gedacht, es wäre nur in meinem Heim so gewesen“, sagt der heutige Staatsanwalt. „Die Generation unserer Eltern war autoritätsgläubig. Bei Konflikten mit Autoritätspersonen erfolgte meist die Frage: Warst du etwa nicht artig?“

Erst in späteren Jahren konnte Desens mit seinen Eltern über das Erlebte sprechen. Vor zwei Jahren wurde er durch einen Artikel auf die NRW-Initiative aufmerksam. Nun bringt er seinen juristischen Sachverstand beim Runden Tisch ein. „Wie war es möglich, dass überall in Deutschland rechtsfreie Räume entstanden sind?“, fragt er. Dies steht nicht nur für ihn als große Frage im Raum.

taz lab 2023

## DAS PRINZIP „MACHEN“

Was genau plant Robert Habeck, was ist wirklich wichtig und was können engagierte Leute substantiell beitragen, damit die Bundesrepublik Zukunft hat? Ein Gespräch mit Vizekanzler **Robert Habeck**. Moderation: **Peter Unfried**

**Kommen Sie am 22. April zum taz lab und diskutieren Sie mit uns, digital und vor Ort!**

## ZUKUNFT & ZUVERSICHT

Tickets & Programm auf [tazlab.de](http://tazlab.de)